

**Kommunale Strategien gegen Stigmatisierung
durch rechtsextremistische Aktivitäten:
Eine Handreichung für die Praxis**



**Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) e.V.
an der Universität Potsdam**

Erarbeitet im Projekt:
„Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus“ (EKSE)

Vorwort

Im Rahmen des vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg geförderten Projekts „Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus“ (EKSE) wurden im Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) e. V. an der Universität Potsdam verschiedene inhaltliche Schwerpunkte in Bezug auf Extremismus, speziell Rechtsextremismus, untersucht. Mit dem Ziel, Rekrutierungsstrategien rechtsextremistischer Gruppen und typische Entwicklungsverläufe rechtsextremer Straftäter zu analysieren, wurden in zwölf Städten und Gemeinden Brandenburgs 120 Interviews mit kommunalen Akteuren (beispielsweise Bürgermeister, Sozialarbeiter und Polizeibeamte) sowie mit rechtsextremen Straftätern durchgeführt. Darüber hinaus sollten kommunale Risikofaktoren für extremistische Potenziale und Interventionsstrategien einzelner Kommunen erfasst werden. Die Ergebnisse eines weiteren Untersuchungsschwerpunkts sind in dieser Broschüre zusammengefasst: die Stigmatisierung von Kommunen infolge rechtsextremistischer Aktivitäten.

Was versteht man unter kommunaler Stigmatisierung? Wie kann es zu einer solchen Stigmatisierung kommen? Welche Reaktionen auf kommunaler Seite sind dabei von Bedeutung? Welche Rolle spielen die Medien? Und schließlich: Was können Sie tun, um eine Stigmatisierung Ihrer Kommune zu vermeiden bzw. diese, sofern vorhanden, abzubauen?

Auf diese Fragen finden Sie Antworten in der vorliegenden Broschüre. Aus den umfangreichen Erfahrungen der kommunalen Akteure in Brandenburg, die mit einer (möglichen) Stigmatisierung ihrer Kommune nach rechtsextremistischen Aktivitäten oder Ereignissen konfrontiert waren oder noch immer sind, wurden Bedingungen und Prozesse herausgearbeitet, die eine Stigmatisierung begünstigen können oder dafür verantwortlich sind. Darauf aufbauend wurden Handlungsempfehlungen abgeleitet. Diese Handlungsempfehlungen sollen die verantwortlichen Akteure aus Politik und Verwaltung anderer Kommunen sowie engagierte Bürger unterstützen, einer möglichen Stigmatisierung vorzubeugen bzw. dieser aktiv zu begegnen.

Inhalt

| | | |
|---------------|--|----|
| 1 | Zur Situation in Brandenburg | 4 |
| 2 | Risikofaktoren, die eine Stigmatisierung von Kommunen begünstigen | 6 |
| 2.1 | Kommunale Risikofaktoren | 6 |
| 2.2 | Mediale Risikofaktoren | 8 |
| 3 | Handlungsempfehlungen | 9 |
| Anhang | | 11 |
| Begriffe | | 11 |
| Literatur | | 11 |

1 Zur Situation in Brandenburg

Ausländerfeindliche Aktivitäten und schockierende Übergriffe wie beispielsweise die Hetzjagd auf einen Algerier in Guben oder Brandanschläge auf Migranten in Rostock und Mölln prägen seit den 1990er Jahren das Bild des Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit. Dabei haben auch mediale Überreaktionen dazu beigetragen, dass Städtenamen und Kommunen zu Synonymen der rechtsextremistischen Taten wurden. So führte ein aufgeregtes Medienecho im Umfeld der Berichterstattung des TIME-Magazine Ende der 1990er Jahre zu Spekulationen über die Entsendung von UN-Friedenstruppen in eine brandenburgische Kleinstadt. Und nicht von ungefähr ist die terroristische Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) seit November 2011 v.a. als „Zwickauer Terrorzelle“ bekannt geworden.

Wie aktuell in Zwickau so wurden auch in Brandenburg Kommunen stigmatisiert, d.h. den Einwohnern wurde pauschal unterstellt, die rechtsextremistischen Einstellungen zu teilen oder die entsprechenden Ideologien und Taten zumindest zu dulden. Ein negativer Ruf als „rechte Hochburg“ verfestigte sich, er haftet einzelnen Kommunen teilweise bis heute an und wirkt sich nachteilig auf die regionale Entwicklung aus.

Es stellt sich die Frage, ob es nach rechtsextremistischen Aktivitäten oder durch hohe Stimmenanteile rechtspopulistischer Parteien bei Kommunal- oder Landtagswahlen zwangsläufig zu einer solchen Stigmatisierung von Kommunen kommen muss.

Hinweis:

Aus den Ergebnissen des EKSE-Projekts wird deutlich, dass dies nicht der Fall ist: Den typischen Stigmatisierungsprozess infolge rechtsextremistischer Aktivitäten gibt es nicht. Vielmehr können verschiedene kommunale und mediale Faktoren eine Stigmatisierung begünstigen oder dieser entgegenwirken.

Ausgehend von den ausgewerteten Interviews konnten drei Kernmerkmale identifiziert werden, in denen sich die zwölf brandenburgischen Kommunen im Hinblick auf Stigmatisierungsprozesse unterscheiden:

1. Häufigkeit und Qualität von Vorfällen mit rechtsextremistischem Bezug,
2. kommunaler Umgang mit Rechtsextremismus sowie
3. mediale Berichterstattung über diese Aktivitäten und Ereignisse.

Diese Kernmerkmale sind in den Kommunen unterschiedlich ausgeprägt. Anhand dieser Ausprägungen lassen sich Kommunen hinsichtlich einer möglichen Stigmatisierung infolge rechtsextremistischer Aktivitäten und Ereignisse in drei Typen einteilen:

| | (1) Kommune ist nicht stigmatisiert | (2) Kommune ist nachhaltig stigmatisiert | (3) Kommune bewältigt Stigmatisierung bzw. befindet sich aktiv im Bewältigungsprozess |
|---------------------------------------|---|---|--|
| Ereignisse mit rechtsextremen Bezügen | Wenige rechtsextreme Ereignisse | Häufige rechtsextreme Ereignisse | Häufige, zum Teil gewalttätige rechtsextreme Ereignisse |
| Kommunaler Umgang | Kommunale Akteure reagieren bei Bedarf aktiv, vielfältig und souverän | Kommunale Akteure reagieren passiv, ignorieren rechtsextreme Ereignisse und setzen maximal repressive Interventionen um | Nach einer Phase ohne oder mit schwacher Intervention folgt ein aktiver Umgang mit Rechtsextremismus |
| Mediale Berichterstattung | Keine Berichterstattung oder Berichterstattung ohne Stigmatisierung | Stigmatisierende Berichterstattung | Berichterstattung über rechtsextreme Aktivitäten und Gegenaktivitäten |

Tabelle: Kommunale Stigmatisierungstypen

Typ 1

In Kommunen des ersten Typs traten wenige Ereignisse mit rechtsextremem Bezug (z. B. Demonstrationen, Gewalttaten) auf. Die nachfolgenden Berichterstattungen zu diesen Ereignissen waren neutral und enthielten keine Hinweise auf eine Stigmatisierung. Dies ist u.a. auf zahlreich initiierte Aktivitäten „Gegen Rechts“ (z. B. Feste, die unter Leitideen wie „Toleranz“ und „Demokratie“ stattfanden) zurückzuführen, mit denen die Einwohner ihren Protest gegen Rechtsextremismus zum Ausdruck brachten.

Typ 2

In Kommunen des zweiten Typs wurden häufig Ereignisse mit rechtsextremem Bezug verzeichnet. Wichtige kommunale Akteure schenkten diesen potenziellen Gefahren durch Rechtsextremismus wenig Beachtung und sahen teilweise das Nicht-Thematisieren der Problematik als die bestmögliche Strategie an, um nicht die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen. Dieser passive Umgang mit Rechtsextremismus wurde von den Medien allerdings als Duldung fehlinterpretiert – eine Stigmatisierung dieser Kommunen erfolgte.

Typ 3

Der dritte Typ beinhaltet Kommunen, die einst stark stigmatisiert waren. Jedoch wurde hier Rechtsextremismus von der Zivilgesellschaft und der kommunalen Verwaltung als wichtige Herausforderung erkannt; durch Gegenaktivitäten bekamen rechtsextreme Kräfte in der Öffentlichkeit kaum Raum zur Entfaltung.

2 Risikofaktoren, die eine Stigmatisierung von Kommunen begünstigen

Wie bereits anhand der Unterscheidung der drei Typen deutlich wird, spielen sowohl kommunale als auch mediale Risikofaktoren eine bedeutende Rolle dabei, ob bzw. in welchem Ausmaß eine Kommune infolge rechtsextremer Aktivitäten oder Ereignisse stigmatisiert wird. Im EKSE-Projekt konnten konkrete Faktoren für beide Bereiche herausgearbeitet werden, die stellvertretend auch für andere Kommunen Gültigkeit besitzen bzw. auf diese übertragen werden können. Diese Faktoren werden nachfolgend vorgestellt, um verantwortliche Akteure und engagierte Bürger für diese Problematik zu sensibilisieren. Ihnen sollen die aufgezeigten Faktoren dabei helfen, Risiken für eine mögliche Stigmatisierung ihrer Kommune rechtzeitig zu erkennen.

2.1 Kommunale Risikofaktoren

Aus den Ergebnissen der untersuchten Kommunen lassen sich einige im kommunalen Raum wirksame Faktoren ableiten, die sowohl das Auftreten rechtsextremistischer Vorfälle als auch eine mögliche Stigmatisierung von Kommunen begünstigen können.

K-Faktor 1

Rechtsextremistische Aktivitäten weisen Bezüge zu geschichtlichen Ereignissen in der Kommune auf. So können Gedenkstätten für gefallene Soldaten des Ersten und Zweiten Weltkriegs oder geschichtlich relevante Orte, die im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus stehen, vor allem zu bestimmten Daten/Jahrestagen zu vermehrten rechtsextremistische Aktionen/Aktivitäten führen. Die Pflege solcher Gedenkstätten sowie wiederkehrende Kranzniederlegungen bergen selbst bei einem legitimen Interesse und friedlichen Gedenken die Gefahr, als rechtsextremistisch denunziert zu werden. Solche Aktivitäten können von rechtsextremistischen Akteuren öffentlichkeitswirksam missbraucht werden, um politische Aufmerksamkeit zu gewinnen.

K-Faktor 2

Eine rechtsextremistische Partei erreicht wiederholt hohe Wahlergebnisse in der Kommune. Solche Ergebnisse führen nicht nur zu Unsicherheitsgefühlen und Ängsten bei der restlichen Bevölkerung, sondern auch zu großem Medieninteresse.

K-Faktor 3

Frustrationen über politische Entscheidungen der Kommune (z. B. gescheiterter Volksentscheid über die Kreisreform) können bei unzufriedenen Bürgern aus Protest zu einer Distanzierung von demokratischen Prozessen und Werten führen, was wiederum undemokratisches Wahlverhalten zur Folge haben kann.

K-Faktor 4

In der Kommune bildet sich eine rechtsextreme Infrastruktur/Szene heraus. Durch Läden, die Artikel wie beispielsweise szenetypische Kleidung oder Zeitungen mit rechtsextremistischem Bezug verkaufen, durch ortsansässige rechtsextreme Persönlichkeiten, die im Ort aktiv werden und Anhänger um sich scharen, und durch die Vermietung von Räumlichkeiten an rechtsextreme Akteure (z. B. für Konzerte oder Parteitreffen) besteht die Gefahr, dass die rechte Szene zunehmend mehr Raum in der Kommune einnimmt, da feste Anlauf- und Treffpunkte vorhanden sind. Derartige Entwicklungen führen schnell dazu, dass ein Ort als „brauner Sumpf“ wahrgenommen wird.

K-Faktor 5

Ein unsicherer Umgang mit den Medien kann zu Missverständnissen führen, so dass eine fehlende klare Positionierung „Gegen Rechts“ als Duldung ausgelegt werden kann.

K-Faktor 6

Die kommunalen Akteure verfügen über keine einheitliche Strategie, um sich aktiv mit der Problematik auseinanderzusetzen. Diese fehlenden oder unzureichenden Abstimmungsprozesse im kommunalen Akteursfeld schränken die Wirksamkeit der Interventionen ein. Kritische Nachfragen durch Medien können die Folge sein. Eine gute Vernetzung zwischen allen Akteuren gilt als entscheidende Voraussetzung dafür, koordiniert schnelle Gegenaktionen auf rechtsextremistische Aktivitäten zu organisieren.

2.2 Mediale Risikofaktoren

Die Form der medialen Berichterstattung in der regionalen und überregionalen Presse spielt ebenfalls eine entscheidende, wenn nicht sogar die Schlüsselrolle dabei, ob oder in welchem Ausmaß eine Kommune nach rechtsextremistischen Aktivitäten und Ereignissen als „rechts-extreme Kommune“ stigmatisiert wird. Dabei begünstigen folgende mediale Faktoren eine Stigmatisierung von Kommunen:

M-Faktor 1

Die mediale Berichterstattung konzentriert sich auf die Darstellung der rechtsextremistischen Aktivitäten und Ereignisse, wobei vor allem der Tathergang im Vordergrund steht. **Hintergründe** zur Tat, mögliche Ursachen und darauf folgende Reaktionen **werden dagegen nur selten thematisiert**.

M-Faktor 2

Die Berichterstattung erfolgt häufig pauschalisierend und sensationsheischend. So werden oft unzulässige Verallgemeinerungen vorgenommen, die über die konkrete Tat hinausgehen, oder Aktivitäten werden „aufgebauscht“ bzw. übertrieben dargestellt. **Über die jeweilige Kommune wird nur noch einseitig im Zusammenhang mit der rechtsextremistischen Problematik berichtet**, weitere über den Rechtsextremismus hinausgehende Themen und Veranstaltungen werden bei der Berichterstattung nicht berücksichtigt.

M-Faktor 3

Fehlende Kontinuität der medialen Berichterstattung führt dazu, dass es zu einer Phase verstärkter Berichterstattung unmittelbar nach den rechtsextremistischen Aktivitäten und Ereignissen kommt. Anschließende **Interventions- und Präventionsanstrengungen gegen Rechtsextremismus (beispielsweise Proteste, Gründung von Bündnissen/Initiativen) werden dagegen selten so ausführlich und anhaltend dargestellt wie der Vorfall selbst**.

M-Faktor 4

Während über rechtsextremistische Aktivitäten und Ereignisse häufig überregional berichtet wird, **findet die Berichterstattung über die nachfolgenden lokalen Interventions- und Präventionsanstrengungen meist nur in den regionalen Medien statt**. Dies beeinträchtigt die Kommunen erheblich dabei, ihren negativen Ruf abzubauen.

Diese vier Faktoren verdeutlichen, dass nach rechtsextremistischen Aktivitäten und Ereignissen nicht selten eine einseitige Berichterstattung erfolgt, die dazu führen kann, dass Kommunen – auch unbegründet – einen Ruf als „rechtsextreme Hochburg“ erwerben und stabilisieren. Allerdings sollte eine solche oft als unfair empfundene Berichterstattung die kommunalen Akteure und Bürger „wachrütteln“ und eine aktive Auseinandersetzung mit dem Thema „Rechtsextremismus“ auslösen.

3 Handlungsempfehlungen

Aus den Erfahrungen der kommunalen Akteure lassen sich allgemeine Handlungsempfehlungen ableiten. Diese dienen als Hilfestellung auch für andere Kommunen, um einer Stigmatisierung infolge rechtsextremistischer Aktivitäten und Ereignisse vorzubeugen bzw. diese zu verhindern.

Klare Positionen einnehmen und öffentlich vertreten

Die kommunalen Akteure und Verantwortungsträger müssen nach rechtsextremistischen Aktivitäten und Ereignissen eine klare Position gegen die Vorfälle einnehmen und diese auch öffentlich vertreten, damit für alle (Bürger, Medien und rechte Aktivisten) eine deutliche Distanzierung erkennbar ist.

Konsens über die Vorgehensweise und Strategien „Gegen Rechts“ entwickeln

Es ist von großer Bedeutung, dass kommunale Akteure einen Konsens über die Vorgehensweise und Strategien gegen Rechtsextremismus entwickeln und diese auch einstimmig in der Öffentlichkeit vertreten. Dazu müssen ausführliche Absprachen zwischen den Kommunalverwaltungen, den Lokalpolitikern, den Vertretern der zivilgesellschaftlich engagierten Bürger und der Polizei getroffen werden.

Zielgruppenbezogen Informieren und Aufklären

Es ist wichtig, eine aktive Auseinandersetzung mit der Problematik Rechtsextremismus zu initiieren. Informations- und Aufklärungsveranstaltungen sollten sich dabei vor allem an die Zielgruppen (u.a. männliche Jugendliche, sozial schwache Personen) richten, die für die Rekrutierungsversuche von Rechtsextremisten besonders empfänglich sind.

Sofort und im Bündnis reagieren

Neben sofortigen Maßnahmen wie Gegenveranstaltungen bei rechtsextremen Aufmärschen und Veranstaltungen sollten Ausschüsse, Bündnisse oder Initiativen gegen Rechtsextremismus gegründet werden, um eine kontinuierliche Prävention und effektive Interventionen zu garantieren. Zusätzlich ist zu empfehlen, ein informelles Netzwerk aus allen wichtigen Akteuren der Kommune zu schaffen, das sich bei rechtsextremistischen Aktivitäten und Ereignissen schnell organisieren kann, um angemessene Reaktionen auszulösen.

Aktive Öffentlichkeitsarbeit

Es sollte im Präventions- und Interventionsbereich gegen Rechtsextremismus eine aktive Öffentlichkeitsarbeit stattfinden, um die Bürger der Kommune sowohl über rechtsextremistische Aktivitäten als auch über eingeleitete Maßnahmen aufzuklären. Dies garantiert eine offene und vertrauensvolle Kommunikation und beugt gleichzeitig Missverständnissen vor.

Professionelle Medienarbeit

Von großer Bedeutung ist eine konstruktive und professionelle Zusammenarbeit mit den Medien. Dazu sollten die kommunalen Akteure ihre Medienarbeit verbessern und die Berichterstattung auch dazu nutzen, politisch und kommunal abgestimmte Positionen und Gegenmaßnahmen der Öffentlichkeit zeitnah zu kommunizieren. Das aktive Handeln der Kommune kann dazu führen, dass sich der mediale Fokus von den rechtsextremistischen Ereignissen auf die eingeleiteten Reaktionen der Kommune und das Engagement „Gegen Rechts“ verlagert. Dabei sollte auch z. B. durch regelmäßige Pressemitteilungen auf eine kontinuierliche Berichterstattung hingewirkt werden.

Diese Handlungsempfehlungen können kommunale Akteure und Bürger dabei unterstützen, eine Stigmatisierung ihrer Kommune nach rechtsextremistischen Aktivitäten und Ereignissen zu vermeiden. Noch wichtiger als das richtige Reagieren erscheint aber das frühzeitige richtige Agieren, um durch wirksame präventive Maßnahmen das Handlungsfeld von Rechtsextremisten einzuschränken.

Anhang

Begriffe

Extremismus

Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen, deren Ziele nicht mit den Grundlagen demokratisch verfasster Staaten (z. B. Einhaltung der Menschenrechte, Gewaltenteilung, Recht auf Bildung einer Opposition etc.) vereinbar sind (Backes & Jesse, 1996).

Rechtsextremismus

„Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“ (Jaschke, 2001, S. 30).

Stigmatisierung von Personen

Zuschreibung bestimmter von der Gesellschaft bzw. einer sozialen Gruppe negativ bewerteter Merkmale (z. B. „vorbestraft“) auf eine Person, die damit sozial diskreditiert wird. Charakteristisch für diesen Stigmatisierungsprozess ist, dass – neben der Negativbewertung des eigentlichen Merkmals – der betroffenen Person zusätzlich weitere negative Eigenschaften zugeschrieben werden, die objektiv nicht oder nur im geringen Maße mit dem eigentlichen Merkmal in Zusammenhang stehen.

Stigmatisierung von Kommunen

Erwerb und/oder Zuschreibung von Merkmalen (z. B. „rechtsextrem“), die einen negativen Ruf für eine Kommune nach sich ziehen. Eine Kommune erwirbt den öffentlichen Ruf, sich z. B. gegenüber rechtsextremen und fremdenfeindlichen Aktivitäten unterstützend oder duldend zu verhalten.

Literatur

- Backes, U. & Jesse, E. (1996). *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland* (4. Aufl.). Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Jaschke, H.-G. (2001). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder* (2. Aufl.). Opladen: Westdeutscher Verlag.